

NACHRICHTEN

Umfrage sieht SPD deutlich vorn

Wenige Tage vor der Abgeordnetenhauswahl sieht eine neue Umfrage die SPD in der Hauptstadt deutlich vorn. Ihre Verfolger CDU und Grüne liegen gleichauf. Von den größeren Parteien konnte nur die AfD dazugewinnen, wie Forsa für die »Berliner Zeitung« erhob. Die Meinungsforscher sehen die Rechtspopulisten bei 13 Prozent. Das sei beflügelt von der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern ein Plus von drei Punkten verglichen mit Ende August. Andere Umfragen sehen die AfD allerdings schon länger bei bis zu 15 Prozent. Die rot-schwarze Landesregierung hat Forsa zufolge keine Mehrheit mehr, da die SPD auf 24 und die CDU nur auf 17 Prozent kommt. Auch die Grünen landen bei 17 Prozent, die LINKE bei 15 Prozent. Chancen auf einen Einzug ins Parlament hat auch die FDP mit fünf Prozent. Am wahrscheinlichsten gilt daher eine Koalition aus SPD, Grünen und Linkspartei, die auf eine Mehrheit von 56 Prozent käme. *dpa/nd*

Flüchtlinge wollen verstärkt zurück

Immer mehr nach Berlin geflüchtete Menschen wollen freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren. Wie das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) am Donnerstag mitteilte, stellten von Januar bis August 2133 Flüchtlinge entsprechende Ausreisearträge. Das sei ein Plus von 80 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Tatsächlich ausgereist seien bis Ende August 1251 Menschen. Auch das Interesse an persönlicher Beratungen zu dem Thema sei stark angestiegen. Am häufigsten zurück in ihr Heimatland wollten Flüchtlinge aus dem Irak (25 Prozent), gefolgt von Afghanistan (20 Prozent) und Albanien (zehn Prozent). Die vorgetragenen Gründe für die Rückkehr in die Heimat sind laut LAF vielfältig. Oft stimmten die Vorstellungen der Geflüchteten mit den tatsächlichen Gegebenheiten in Deutschland nicht überein. *dpa/nd*

Beschuldigter will aussagen

Nach dem tödlichen Angriff auf eine 20 Jahre alte Frau in einem U-Bahnhof hat der mutmaßliche Täter zu Beginn des Prozesses vor dem Landgericht eine Aussage angekündigt. Diese werde am zweiten Verhandlungstag erfolgen, erklärten die Verteidiger am Donnerstag. Ihr Mandant werde »nicht bestreiten«. Der offenbar psychisch kranke Mann soll die ihm unbekannt Frau vor acht Monaten im Bahnhof Ernst-Reuter-Platz von hinten attackiert und mit großer Wucht vor einen einfahrenden Zug gestoßen haben. Die junge Frau war sofort tot. *dpa/nd*



Seit acht Jahren verkommt die direkt am Alexanderplatz gelegene Bundesimmobilie.

Foto: nd/Ulli Winkler

Verwaltung schlägt Vielfalt

SPD-Senatoren hintertreiben Pläne der Initiative Haus der Statistik

Ein Ort der Vielfalt könnte das Haus der Statistik werden. Doch Teile des Senats bevorzugen eine Nutzung als Verwaltungsstandort.

Von *Nicolas Šustr*

Florian Schmidt ist verärgert. Einerseits habe es mit SPD-Senatoren intensive Gespräche über die Pläne der Initiative Haus der Statistik gegeben, aus dem seit acht Jahren leerstehenden Gebäude ein Zentrum für Kunst, Kultur, Begegnung und preiswertem Wohnraum zu machen. Andererseits verkündete Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) kürzlich, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) den Komplex am Alexanderplatz für elf Millionen Euro verkaufen würde. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass künftig 76 Prozent der 46 000 Quadratmeter Nutzfläche für Verwaltungsaufgaben, der Rest für Kultur genutzt würden. Damit wäre das erst im Juni von Geisels Verwaltung mit dem Berlin Award ausgezeichnete Projekt gestorben. »Was ist das für ein politischer Stil«, fragt Schmidt. Er ist Sprecher der Initiative und auch Berliner Atelierbeauftragter.

»Wir unterstützen grundsätzlich das Projekt«, sagt Christian Hanke (SPD), Bezirksbürgermeister von Mitte. Er sieht das Haus bei einer Nut-

zung für Begegnung als Gentrifizierungsbremse, er würde sich aber auch über die soziale Belebung des unwirtschaftlichen Orts freuen. Seit Monaten wirbt er bei sozialdemokratischen Senatoren, dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller und auch Parteifreunden im Bundestag für eine derartige Nutzung. Partei und Fraktion im Bezirk sind für das Projekt, die Landes-SPD hat sich noch nicht entschieden. Und manche Senatoren führen Hanke vor.

Es ist vor allem Finanzstaatssekretärin Margaretha Sudhof (SPD), die eine Behördennutzung anstrebt.

»Wenn wir loslegen könnten, wären in einem halben Jahr die ersten Räume nutzbar.«

Christian Schöningh,
Initiative Haus der Statistik

Rathaus und Finanzamt Mitte sollen hier untergebracht werden, dazu ließe sich die Berliner Immobilienmanagement (BIM) hier an einem Standort zusammenfassen. »Für das Foyer könnten wir uns andere Nutzungen vorstellen«, sagt Eva Henkel, Sprecherin der Finanzverwaltung. 47

Millionen Euro ist der ermittelte Verkehrswert des Grundstücks, in der Behörde rechnet man mit rund 80 Millionen Euro Sanierungskosten. Dass die Verhandlungen mit dem Bund in den nächsten zwei Monaten – so lange wird der Senat noch nach der Wahl amtieren – abgeschlossen würden, glaubt Henkel nicht.

»Der Fall ist ein gutes Beispiel, dass sich der Umgang untereinander ändern muss«, sagt Abgeordneterhausmitglied Carola Bluhm (LINKE). Sie ist Unterstützerin der Initiative. »Dass ein Kriegszustand zwischen Rot-Schwarz im Bund und im Land gilt, zeigt auch sehr gut das Dragenerareal.« Dort verweigert sich die BImA einem Verkauf an das Land Berlin. »Jede Menge sozialer Träger leiden unter der Spekulationsblase«, sagt sie. Sie fänden häufig keine bezahlbaren Räume. »Alleine über Verdichtung und Neubau sind die Probleme nicht zu lösen«, sagt sie.

Stephan von Dassel, Grünen-Sozialstadtrat in Mitte und möglicher künftiger Bezirksbürgermeister kritisiert, dass das bezirkliche Bauamt trotz Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung nicht mit der Aufstellung eines neuen Bebauungsplans für das Areal begonnen hat. »Wir ahnen allerdings, dass das Land uns die Verantwortung entziehen wird«, sagt er.

»Wenn wir loslegen könnten, wären in einem halben Jahr die ersten Räume nutzbar«, sagt Architekt Christian Schöningh von der Initiative. In zwei Jahren könnte man mit der Herrichtung des ganzen Hauses fertig sein. Veranschlagt werden dafür Kosten von 33 Millionen Euro. »Im Mai wurden wir von einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft angesprochen, die glaubwürdig begeistert wirkte«, berichtet er. »Die hat unsere Ansätze bestätigt.« Inzwischen sei sie jedoch ausgebremst worden und dürfe auch nicht mehr mit der BImA reden. »Ohne einen Cent Förderung könnten wir eine Nettokaltmiete von sieben Euro pro Quadratmeter halten«, sagt er. Die Berechnungen fußen darauf, dass die Kosten für Grundstückskauf, Herrichtung und Neubauten allein über die Miete refinanziert werden.

»Wir interessieren uns besonders für die Wohnungen«, sagt Christian Thomes von der LIGA Berlin, der Spitzenverband der Wohlfahrtsverbände. »20 000 Menschen in Berlin wohnen in provisorischen Unterkünften, das wäre bei Umnutzungen wie hier komplett unnötig.« Das sei aber nur ein Teil der künftigen Nutzungen, sagt Schmidt. »Wir haben schon jetzt mehr ernsthafte Interessenten, als wir unterbringen könnten.«

PeWoBe: Nur ein Drittel der Mängel beseitigt

Flüchtlingsheimbetreiber beschäftigte zu wenig Personal

Auf eine Schriftliche Anfrage der Linksfraktion hin teilt der Senat mit, die PeWoBe habe von 84 Mängeln in zweieinhalb Jahren lediglich 30 behoben, 53 nicht oder nur teilweise.

Von *Johanna Treblin*

Zu wenig Personal, unzureichende Gemeinschaftsräume und mangelhafte Reinigung. Keine Klarheit über ausreichende Qualifizierung des Personals. Insgesamt 84 Mängel hat die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales in zweieinhalb Jahren in den zuletzt neun Flüchtlingsunterkünften der Professionellen Wohn- und Betreuungsgesellschaft (PeWoBe) festgestellt. Das geht aus der Antwort des Senats auf zwei bisher veröffentlichte Schriftliche Anfragen der LINKE-Abgeordneten Elke Breitenbach und Hakan Taş hervor.

In sieben von elf von der PeWoBe in dem Zeitraum betriebenen Unterkünften haben die zuständigen Landesämter der Antwort zufolge einen Personalmangel festgestellt. In vielen Heimen wurden Dienstpläne nicht korrekt geführt und es fehlten Unterlagen über den notwendigen Brandschutz, sowie darüber, ob die Mitarbeiter über die ausreichenden Qualifikationen verfügen.

Nach Mitteilung über die Mängel und Handlungsempfehlungen seien bis zum 22. August 2016 insgesamt 30 Mängel beseitigt worden, heißt es seitens des Senats. 53 Fälle seien offen oder teilweise offen geblieben.

Die PeWoBe stand in den vergangenen Wochen in der Kritik, nachdem eine Hilfsinitiative öffentlich »unhaltbare Zustände« in einer Unterkunft in der Maxi-Wander-Straße in Hellersdorf angeprangert hatte. Nach dem Bekanntwerden einer E-

Mail-Korrespondenz leitender Angestellter der PeWoBe mit rassistischer Lesart kündigte der Senat allen PeWoBe-Heimen am 15. August sowohl fristlos als auch hilfsweise fristgerecht.

In der Antwort auf eine zweite Anfrage von Breitenbach und Taş erklärte der Sozialsenat, der erste ihm anonym zugespielte Auszug aus der besagten Mail-Korrespondenz »erweckte den Anschein, dass sich die Beschäftigten in menschenverachtender Art und Weise über die untergebrachten Personen geäußert haben«. In den Auszügen, die die PeWoBe dem Senat daraufhin vorgelegt habe, habe sich der Anschein nicht bestätigt. Pressevertreter hätten dem Senat weitere Auszüge vorgelegt. Eine darauf erfolgte nochmalige Prüfung der Sachlage habe schließlich zur Kündigung des Heimbetreibers geführt.

Zwei Heime wurden mittlerweile übergangsweise an andere Betreiber übergeben, bestätigte eine Sprecherin von Sozialsenator Mario Czaja (CDU) dem »nd«. Das Heim in Hellersdorf führt der private Betreiber Prisdor, der einen guten Ruf genießt. Das Heim in der Wassersportallee in Treptow-Köpenick wird von der Aparido GmbH geführt, die zuletzt ein ausschließlich von Flüchtlingen bewohntes Hostel betrieben hatte.

Für Breitenbach hätte der Senat der PeWoBe schon viel früher kündigen müssen. »Es hat sich bestätigt, dass es sehr lange sehr viele Mängel gab.« Diese hätten ausgereicht, um eine Kündigung des Betreibers zu rechtfertigen. Breitenbach warf dem Senat mangelnde Qualitätssicherung in Berliner Flüchtlingsunterkünften vor. »Solange es keine Verträge und keine Standards gibt, bekommt man die Situation nicht in den Griff.«

TIPPS

Politik

»Freiheit im Fokus« – Auf den Spuren der Fotojournalistin Gerda Tarro (1910-1937) – Vortrag und Diskussion mit Irme Schaber (Taro-Biografin). Heute, 19 Uhr, in der »Rosa-Luxemburg-Stiftung«, Salon, Franz-Mehring-Platz 1 (Friedrichshain).

»Die Entstehung Israels: Mythos und Wirklichkeit« – Vortrag von Prof. Rolf Verleger. Heute, 19 Uhr, im »Ökumenischen Zentrum WILMA«, Wilmersdorfer Straße 163 (Charlottenburg).

»75. Jahrestag: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941« – DenkMalTour mit Anke Geißler, Moderation: Janeta Mileva. 17.9., 14 Uhr, Treffpunkt: Rosenthaler Straße / Ecke Weinmeisterstraße (Mitte).

Kinder

»Hänsel und Gretel« – Märchen (ab 3 Jahren). Heute, 16 Uhr, am 17. und 18.9., jeweils 11 und 16 Uhr, im »Theater Varia Vineta«, Berliner Straße 53 (Pankow).

»Rumpelstilzchen« – Märchen (ab 4 Jahren) am 17. und 18.9., jeweils 16 Uhr, im »Galli Theater«, Oranienburger Straße 32 (Mitte).

Freizeit

»Die Ursonate« – Eine Sonate in Ur-lauten von Kurt Schwitters. Heute, 19 Uhr, in der »Akademie der Künste«, Hansenseenweg 10 (Tiergarten).

»Zille sein Milljöh« – Musikalisch-szenischer Spaziergang. Heute und 17.9., jeweils 19.30 Uhr, im »Theater im Nikolaiviertel«, Nikolaikirchplatz 5-7 (Mitte).

»Gegen den Fortschritt« von Esteve Soler – Vorstellung mit »Die Ratten 07«. Heute und 17.9., jeweils 20 Uhr, im »Ambulatorium Theater«, Revaler Straße 99 (Friedrichshain).

»Berlin, ich liebe dir! – The sand-story of Berlin« – Heute, 20 Uhr und 17.9., 16 und 20 Uhr, im »Admiralspalast«, Friedrichstraße 101 (Mitte).

»Der Wedding-Express« – Folge 106 der Theater-Sitcom »Gutes Wedding, schlechtes Wedding«. Heute, am 17., 18. und 19.9., jeweils 20.15 Uhr, »Prime Time Theater«, Müllerstraße 163b (Wedding).

ErLesenes: »Das Gespenst der weißen Frau in Preußens Schlössern« – Lesung mit Janine Strahl-Oesterreich und Bernhard Buley am 17.9., 10.30 Uhr, im »Kulturzentrum Schöneweide«, Schnellerstraße 81.

»Ab durch die Mitte« – Historische Stadtrundfahrt mit dem Schiff »Rixdorf« am 17.9., 11 Uhr, Abfahrt: »Historischer Hafen«, Märkisches Ufer 36 (Mitte). 15 Uhr: »Frauengeschichten«. Infos und Reservierung: Tel.: 215 44 50, per E-Mail: info@berliner-geschichtswerkstatt.de

Baumscheibenfest am 17.9., ab 14 Uhr, im »Kunger-Kiez«, u. a. in der Karl-Kunger-Straße, Bouchéstraße, Kieffolzstraße (Alt-Treptow).

Radwanderung auf den Spuren Gerhart Hauptmanns in und um Erkner mit Dorit Herden (ca. 3 Stunden) am 17.9., 14 Uhr, Treffpunkt: am »Gerhart-Hauptmann-Museum«, Gerhart-Hauptmann-Straße 1.

»Von Rosa Luxemburg bis Käthe Kollwitz. Der Zentralfriedhof Friedrichsfelde und die Gedenkstätte der Sozialisten« – Führung mit Claudia v. Gélieu (Frauentouren) am 17.9., 15 bis 17 Uhr, Treff: Friedhofseingang Gudrunstraße (Lichtenberg).

Ausstellungen

»Dieter Meier – Possible Beings (1973-2016)« – Vernissage. Heute, 18 bis 21 Uhr, in der »Galerie Judin«, Potsdamer Straße 83 (Schöneberg). Öffnungszeiten bis 29.10.: Dienstag bis Samstag 11 bis 18 Uhr.

»Geheim« – Porträtklasse Thomas Kierok – Vernissage. Heute, 19 Uhr, »imago fotokunst«, Veteranenstraße 20 (Mitte). Öffnungszeiten bis 29.10.: Dienstag bis Freitag 14 bis 19 Uhr, Samstag auf Anfrage.

»DAM: Contemporary« – Gruppenausstellung von Banz & Bowinkel und Siebren Versteeg – Preview am 17.9., ab 12 Uhr, in der »DAM Gallery«, Memhardtstraße 8 (Mitte). 14 Uhr: Einführung, 16 Uhr: Künstlergespräch. Öffnungszeiten bis 1.10.: Dienstag bis Freitag 13 bis 19 Uhr, Samstag 12 bis 16 Uhr.

ANZEIGE

BÜCHER

Minibücher, Orden, Abzeichen, Medaillen und Schallplattenkauf sofort!
Telefon: (030) 64 16 77 55

DIENSTLEISTUNGEN

zapfumaße www.zapf.de 030/81061

WAHLEN 2016

